

1541 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates XIII. GP

8. 4. 1975

Regierungsvorlage

Bundesgesetz vom XXXXXXXXXX,
betreffend die Übernahme der Bundeshaf-
tung für Anleihen, Darlehen und sonstige
Kredite der Österreichischen Industriever-
waltungs-Aktiengesellschaft (ÖIAG-Anleihe-
gesetz)

Der Nationalrat hat beschlossen:

§ 1. (1) Der Bundesminister für Finanzen
wird ermächtigt, namens des Bundes Haftungen
zu übernehmen, und zwar

- a) gemäß § 1357 des allgemeinen bürgerlichen
Gesetzbuches für im In- und Ausland von
der Österreichischen Industrieverwaltungs-
Aktiengesellschaft durchzuführende Kredit-
operationen (Anleihen, Darlehen und son-
stige Kredite),
- b) gemäß § 1348 des allgemeinen bürgerlichen
Gesetzbuches für Haftungen, die die
Österreichische Industrieverwaltungs-
Aktiengesellschaft gemäß § 1357 des all-
gemeinen bürgerlichen Gesetzbuches für im
In- und Ausland durchzuführende Kredit-
operationen (Anleihen, Darlehen und son-
stige Kredite) der in der Anlage zum
ÖIG-Gesetz, BGBl. Nr. 23/1967 in der gel-
tenden Fassung, angeführten Gesellschaften
und deren Tochtergesellschaften über-
nimmt.

(2) Der Bundesminister für Finanzen darf von
der im Abs. 1 erteilten Ermächtigung nur dann
Gebrauch machen, wenn

- a) der jeweils ausstehende Gesamtbetrag
(Gegenwert) der Haftung gemäß Abs. 1
lit. a und b 3000 Millionen Schilling an
Kapital und 3000 Millionen Schilling an
Zinsen und Kosten nicht übersteigt;
- b) die Kreditoperation im Einzelfall den Be-
trag von 800 Millionen Schilling an Kapital
nicht übersteigt;
- c) die Laufzeit der Kreditoperation 30 Jahre
nicht übersteigt;
- d) die prozentuelle Gesamtbelastung der
Kreditoperation in inländischer Währung

unter Zugrundelegung der folgenden For-
mel nicht mehr als das Zweieinhalbfache
des im Zeitpunkt der Kreditoperation gel-
tenden Zinsfußes für Eskontierungen der
Österreichischen Nationalbank (§ 48
Abs. 2 des Nationalbankgesetzes 1955,
BGBl. Nr. 184, in der Fassung der Bun-
desgesetze BGBl. Nr. 276/1969 und 494/
1974) beträgt:

$$100 \times \left(\text{Zinsfuß} + \frac{\text{Rückzahlungskurs abzüglich} \\ \text{Nettoerlös der Kreditoperation} \\ \text{in Hundertsätzen}}{\text{Mittlere Laufzeit}} \right)$$

Nettoerlös der Kreditoperation in Hundertsätzen;

- e) die prozentuelle Gesamtbelastung der
Kreditoperation in ausländischer Währung
nach der Formel laut lit. d nicht mehr
als das Zweieinhalbfache des arithmetischen
Mittels aus den im Zeitpunkt der Kredit-
aufnahme geltenden offiziellen Diskont-
sätzen in Belgien, der Bundesrepublik
Deutschland, Frankreich, Großbritannien,
den Niederlanden, Schweden, der Schweiz
und den USA (New York) beträgt und
- f) der Erlös aus Kreditoperationen, für wel-
che gemäß Abs. 1 lit. b die Haftung über-
nommen wird, ausschließlich zur Durch-
führung von Investitionen und Rationali-
sierungsmaßnahmen in den in der Anlage
zum ÖIG-Gesetz, BGBl. Nr. 23/1967 in
der geltenden Fassung, angeführten Gesell-
schaften und deren Tochtergesellschaften
verwendet wird.

(3) Zur Feststellung des Nettoerlöses gemäß
Abs. 2 lit. d und e sind die Emissions- oder
Zuzahlungsverluste, Begebungsprovisionen,
Werbe- und Druckkosten (Begebungskosten)
vom Bruttoerlös in Abzug zu bringen.

(4) Für die Beurteilung der Gesamtbelastung
bei Darlehen und sonstigen Krediten, bei welchen
die Zinssätze jeweils für bestimmte Zeitabschnitte
variabel festgesetzt werden, ist für die vertrag-
liche Laufzeit die Gesamtbelastung nach der For-
mel laut Abs. 2 lit. d und e zum Zeitpunkt des
Vertragsabschlusses maßgebend. Für die Gesamt-

belastung bei Anleihen sind vertraglich vorgesehene Tilgungsmöglichkeiten durch freihändigen Rückkauf nicht zu berücksichtigen.

(5) Vorzeitige Rückzahlungsermächtigungen (Kündigungsrechte) sind für die Beurteilung der Laufzeit nicht zu berücksichtigen.

§ 2. (1) Der Bundesminister für Finanzen ist ermächtigt, für Kredite, die der Vorfinanzierung von Anleihen gemäß § 1 Abs. 1 dienen, namens des Bundes die Haftung als Bürge und Zahler (§ 1357 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches) unter der Voraussetzung zu übernehmen, daß

- a) die Laufzeit mit höchstens zwei Jahren begrenzt ist,
- b) das Ausmaß des im § 1 Abs. 2 lit. a und b genannten Betrages (Gegenwertes) an Kapital und Zinsen nicht überschritten wird und
- c) bei zeitlicher Kreditüberschneidung die Summe aus Vor- und Endfinanzierung bei Kreditoperationen im Einzelfall nicht mehr als 1000 Millionen Schilling und die Summe aller Vor- und Endfinanzierungen nicht mehr als 4000 Millionen Schilling beträgt.

(2) Kredite, die der Vorfinanzierung solcher Anleihen dienen, sind auf den im § 1 Abs. 2 lit. a genannten Haftungsrahmen nicht anzurechnen.

§ 3. Der Bundesminister für Finanzen ist ermächtigt, für eine von der Österreichischen Industrieverwaltungs-Aktiengesellschaft in der Zeit zwischen 1. Jänner 1975 und dem Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes begebene, auf den Gesamtbetrag gemäß § 1 Abs. 2 lit. a anrechenbare Anleihe im Nominalbetrag von 450 Millionen Schilling zuzüglich der Zinsen und Kosten namens des Bundes die Haftung als Bürge und Zahler (§ 1357 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches) zu übernehmen.

§ 4. Der Bundesminister für Finanzen darf Haftungen gemäß § 1 Abs. 1 und 2 sowie §§ 2 und 3 überdies nur dann übernehmen, wenn die Österreichische Industrieverwaltungs-Aktiengesellschaft die verbindliche Erklärung abgibt, daß

- a) dem Bundesministerium für Finanzen die Prüfung der zweckgebundenen Verwendung des bundesverbürgten Kredites und im Zuge dieser Prüfung die Einsicht in alle Bücher, Urkunden und sonstigen Schriften der Österreichischen Industrieverwaltungs-Aktiengesellschaft gewährleistet wird,
- b) sie dem Bundesministerium für Finanzen für die Dauer der Laufzeit des bundesverbürgten Kredites den jährlichen Geschäftsbericht samt Gewinn- und Verlust-

rechnung und den Prüfungsbericht eines im Sinne der Wirtschaftstreuhand-Berufsordnung, BGBl. Nr. 125/1955, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 26/1965, befugten Prüfers vorlegen wird und

- c) im Falle des § 1 Abs. 1 lit. b die Gesellschaft für deren Kreditoperation eine Rückbürgschaft des Bundes übernommen werden soll, die gleichen verbindlichen Erklärungen, wie sie in lit. a und b angeführt sind, gegenüber der Österreichischen Industrieverwaltungs-Aktiengesellschaft abgibt.

§ 5. Wird die Haftung des Bundes gemäß § 1 Abs. 1 und 2 und § 2 für Fremdwährungsbeträge übernommen, so sind diese zu den im Zeitpunkt der Haftungsübernahme vom Bundesminister für Finanzen jeweils festgesetzten Kassenwerten auf die genannten Höchstbeträge anzurechnen.

§ 6. (1) Der Bundesminister für Finanzen ist ermächtigt, die gemäß § 1 Abs. 1 und 2 für Darlehen und sonstige Kredite übernommenen Haftungen über die vertraglich vereinbarte Laufzeit zu erstrecken, wenn

- a) eine Prolongierung der Fälligkeiten von Verpflichtungen aus Kreditoperationen der Österreichischen Industrieverwaltungs-Aktiengesellschaft oder aus Kreditoperationen einer der in der Anlage zum OIG-Gesetz angeführten Gesellschaft und deren Tochtergesellschaften, für welche die Österreichische Industrieverwaltungs-Aktiengesellschaft die Haftung übernommen hat, zur Vermeidung einer Inanspruchnahme des Bundes aus der Haftung aus welchem Grund immer geboten ist,
- b) durch die Prolongierung die vertraglich vereinbarte Laufzeit um nicht mehr als fünf Jahre überschritten wird und
- c) die Mehrleistungen an Zinsen im Haftungsrahmen für Zinsen und Kosten Deckung finden.

(2) Die sich jeweils ergebende Gesamtlaufzeit darf die im § 1 Abs. 2 lit. c festgesetzte Laufzeit nicht überschreiten.

§ 7. Die gemäß § 11 der OIG-Gesetz-Novelle 1969, BGBl. Nr. 47/1970, übernommenen Haftungen sind mit dem Betrag, mit dem sie zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Bundesgesetzes aushaften, auf den im § 1 Abs. 2 lit. a festgesetzten Haftungsrahmen anzurechnen.

§ 8. Wird der Bund auf Grund einer gemäß §§ 1 bis 3 und § 11 der OIG-Gesetz-Novelle 1969 übernommenen Haftung in Anspruch genommen, so steht ihm neben dem Recht auf Ersatz der bezahlten Schuld (§ 1358 des allgemeinen bürger-

1541. der Beilagen

3

lichen Gesetzbuches) auch das Recht zu, von der Österreichischen Industrieverwaltungs-Aktiengesellschaft den Ersatz aller im Zusammenhang mit der Einlösung der übernommenen Haftung entstandenen Aufwendungen, insbesondere die vom Bund in einem Rechtsstreit mit den Gläubigern aufgewendeten Kosten, zu fordern.

§ 9. Für die Übernahme der Bürgschaft durch den Bund ist kein Entgelt zu entrichten.

§ 10. Die durch dieses Bundesgesetz unmittelbar veranlaßten Rechtsgeschäfte und Rechtsvorgänge sind von der Gesellschaftsteuer und von den Stempel- und Rechtsgebühren befreit.

§ 11. Die Bestimmung des § 3 tritt mit 1. Jänner 1975 in Kraft.

§ 12. Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist der Bundesminister für Finanzen betraut.

Erläuterungen

Auf Grund der Bestimmungen des § 1 des OIG-Gesetzes, BGBl. Nr. 23/1967, wurde zur treuhändigen Ausübung der Anteilsrechte des Bundes an den in der Anlage zu diesem Gesetz angeführten Gesellschaften die „ÖSTERREICHISCHE INDUSTRIEVERWALTUNGS-GESELLSCHAFT M. B. H.“ errichtet.

Mit Bundesgesetz vom 21. Jänner 1970 (OIG-Gesetz-Novelle 1969), BGBl. Nr. 47/1970, sind die Anteilsrechte des Bundes an diesen Gesellschaften in das Eigentum der gleichzeitig in eine Aktiengesellschaft mit dem Firmenwortlaut „ÖSTERREICHISCHE INDUSTRIEVERWALTUNGS-AKTIENGESELLSCHAFT“ umgewandelten Gesellschaft übergegangen.

Alleinaktionär der ÖIAG ist der Bund. Er wird in der Hauptversammlung vom Bundeskanzler vertreten, der die Rechte des Aktionärs ausübt.

Die Vorsorge für eine angemessene Kapitalausstattung der Gesellschaften soll die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmungen auf den Weltmärkten gewährleisten.

In Erfüllung ihrer Eigentümerfunktion hat die ÖIAG seit ihrem Bestehen rund 1641 Millionen Schilling an Dividenden der verstaatlichten Industrie zuzüglich 75 Millionen Schilling Verwaltungsumlage von 1973 an vereinnahmt und ihren Gesellschaften Eigenkapital im Ausmaß von rund 1841 Millionen Schilling zugeführt. Weiters hat die ÖIAG für Darlehen und Kredite von Tochtergesellschaften Haftungen übernommen. Zur Erleichterung der Erfüllung dieser Finanzierungsaufgaben erhielt die ÖIAG mit der Bestimmung des § 11 OIG-Gesetz-Novelle 1969 einen Haftungsrahmen des Bundes im Ausmaß von 2 Milliarden Schilling. Dieser Haftungsrahmen, von dem 1 Milliarde Schilling auf Kapital und 1 Milliarde Schilling auf Zinsen und Kosten entfällt, ist hinsichtlich Kapital zum gegenwärtigen Zeitpunkt wie folgt in Anspruch genommen:

für eigene Fremdmittelaufnahmen	680 Mill. S
für Bürgschaften der ÖIAG, für die der Bund die Rückbürgschaft übernommen hat	314 Mill. S
	<hr/> 994 Mill. S

Damit ist der derzeitige Haftungsrahmen für Kapital ausgeschöpft.

Um ihrer Aufgaben gerecht zu werden, benötigt die ÖIAG eine entsprechende Ausweitung des Haftungsrahmens. Dieser von 1. Milliarde Schilling auf 3 Milliarden Schilling für Kapital zu erweiternde Haftungsrahmen soll zur Sicherstellung jener Mittel dienen, die die ÖIAG zur Vornahme der gebotenen Kapitalzuführungen benötigt. Das Erfordernis der Zuführung weiteren Risikokapitals bei den Unternehmungen des ÖIAG-Bereichs spiegelt sich in der Entwicklung der Gesamtinvestitionen der verstaatlichten Industrie wider, die durch folgende Ziffern gekennzeichnet wird:

1970	3800 Mill. S
1971	5200 Mill. S
1972	7200 Mill. S
1973	8800 Mill. S
1974	7600 Mill. S (vorläufig).

Weiters ergibt sich die Notwendigkeit der Ausweitung des Haftungsrahmens aus dem Erfordernis der Übernahme von Haftungen der ÖIAG für Kredite und Darlehen jener Gesellschaften, für die kein eigenes Bundeshaftungsgesetz besteht.

Im Hinblick darauf, daß außer der Erhöhung des Haftungsrahmens auch noch andere wesentliche Bestimmungen eine Novellierung des § 11 des OIG-Gesetzes erforderlich machen, scheint es zweckmäßiger, ein eigenes Haftungsgesetz zu schaffen, das die Bedeutung der ÖIAG als Finanzierungsinstrument der verstaatlichten Industrie klar herausstellt.

Der Entwurf dieses Bundesgesetzes enthält Bestimmungen, die mit Ausnahme der §§ 8 und 10

sowie des § 11, soweit sich dieser auf die vor-
genannten Bestimmungen bezieht, eine Verfü-
gung über Bundesvermögen im Sinne des Art. 42
Abs. 5 des Bundes-Verfassungsgesetzes darstellen.

Zu § 1:

Mit dieser Bestimmung soll der Bundesminister
für Finanzen ermächtigt werden, namens des
Bundes folgende Haftungen zu übernehmen:

- a) Bürge- und Zahlerhaftungen (§ 1357 ABGB)
für Kreditoperationen der Österreichischen
Industrieverwaltungs-Aktiengesellschaft und
- b) Entschädigungs(Rück)bürgschaften (§ 1348
ABGB) für den Fall, daß die ÖIAG durch
die Übernahme von Haftungen als Bürge
und Zahler für Kreditoperationen der in
der Anlage zum ÖIG-Gesetz, BGBl. Nr. 23/
1967, in der Fassung der Bundesgesetze
BGBl. Nr. 109/1973 und BGBl. Nr. 69/
1974, angeführten Gesellschaften und deren
Tochtergesellschaften zu Schaden kommen
sollte.

Von der Ermächtigung des Abs. 1 darf der
Bundesminister für Finanzen jedoch nur Gebrauch
machen, wenn die im Abs. 2 festgesetzten Vor-
aussetzungen gegeben sind. Mit der Festsetzung
dieser Voraussetzungen wird dem Erfordernis des
Art. 18 Abs. 1 des Bundes-Verfassungsgesetzes
Rechnung getragen.

Mit der Bestimmung des Abs. 2 lit. a „der
jeweils ausstehende Gesamtbetrag“ soll klarge-
stellt werden, daß sich das Haftungsgesetz mit der
vollen Ausnützung des Haftungsrahmens nicht
erschöpft. Der nach Maßgabe des durch Annuitäts-
zahlungen frei werdende Haftungsrahmen kann
von der Gesellschaft bis zur Haftungsobergrenze
durch die Aufnahme neuer Kredite bzw. neue
Bürge- und Zahlerhaftungen revolvierend genützt
werden. Voraussetzung hierfür ist, daß auch auf
die weiteren Kredite und Haftungen die Bestim-
mungen über die Übernahme der Bundshaftung
anwendbar sind.

Ein Haftungsrahmen für Zinsen und Kosten
wurde nur für den jeweils ausstehenden Gesamt-
betrag, nicht aber für die Kreditoperation im
Einzelfall festgesetzt. Diese Regelung findet ihre
Begründung in der steigenden Tendenz der Zin-
sen, die bei langfristigen Krediten den Kapital-
betrag übersteigen und dadurch die Kreditopera-
tion, soweit hierfür eine Haftungsübernahme be-
antragt wird, unmöglich machen würde. Bei dieser
Regelung ist jedoch die Höhe der Zinsen insge-
samt durch den Rahmen für Zinsen und Kosten
im Abs. 2 lit. a begrenzt.

Die Abgrenzung des Begriffes „Nettoerlöse“,
ferner die Kriterien für die Beurteilung von
Krediten mit variablen Zinssätzen werden zwecks
eindeutiger Klarstellung im Gesetzestext festge-
legt (Abs. 3 bis 5).

Zu § 2:

Da Anleihewünsche, vor allem im Ausland, oft
nicht zu dem Zeitpunkt berücksichtigt werden
können, zu dem der Bedarf gegeben ist, soll diese
Bestimmung die Vorfinanzierung solcher An-
leihen durch kurzfristige Kredite ermöglichen.
Die Laufzeit ist auf zwei Jahre beschränkt, eine
Überschneidung zwischen Vor- und Endfinanzie-
rung ist nur in dem Ausmaße, wie es im Abs. 1
lit. c festgesetzt ist, zulässig.

Da die Vorfinanzierungskredite mit der An-
leihe, spätestens aber nach zwei Jahren getilgt
werden müssen, kann wegen der Kurzfristigkeit
eine Anrechnung auf den Haftungsrahmen unter-
bleiben.

Zu § 3:

Mit dieser Bestimmung soll der Bundesminister
für Finanzen ermächtigt werden, für eine bereits
vor dem Inkrafttreten des im Entwurf vorliegen-
den Bundesgesetzes begebene Anleihe die Haftung
zu übernehmen (eine vergleichbare Bestimmung
hat der Nationalrat bereits im Energieanleihe-
gesetz 1973, BGBl. Nr. 578, erlassen). Da der
Betrag der für anfangs April 1975 geplanten An-
leihe im Haftungsrahmen der ÖIG-Gesetz-
Novelle 1969 keine Deckung mehr findet und
das im Entwurf vorliegende ÖIAG-Anleihegesetz
frühestens Ende April bis Mitte Mai in Kraft
treten kann, hätte die Emission auf unbestimmte
Zeit zurückgestellt werden müssen, eine Maß-
nahme, die aber die Zurückstellung von Investi-
tionsvorhaben im Bereiche der verstaatlichten
Industrie zur Folge haben würde. Sowohl der
Kapitalbetrag als auch die Zinsen sind auf den
Haftungsrahmen für Zinsen und Kosten anzu-
rechnen.

Zu § 4:

Die Bestimmung soll die jederzeitige Prüfung
der zweckgebundenen Verwendung bundesver-
bürgter Kredite ermöglichen. Daher darf der
Bundesminister für Finanzen Haftungen erst
übernehmen, wenn die Prüfung und damit die
Einsicht in alle Bücher, Urkunden und sonstigen
Schriften von der Gesellschaft gewährleistet wird.

Zu § 5:

Durch die Anwendung der vom Bundesminister
für Finanzen allgemein festgesetzten Kassenwerte
sollen bei der Anrechnung von Fremdwährungen
auf den Ermächtigungsrahmen kleinere Kurs-
schwankungen ausgeschaltet und eine einheitliche
Verrechnungsbasis für die in Betracht kommen-
den Fremdwährungen geschaffen werden.

Zu § 6:

Mit dieser Bestimmung soll der Bundesminister
für Finanzen ermächtigt werden, übernommene

1541 der Beilagen

5

Haftungen zu erstrecken, wenn zur Vermeidung einer Inanspruchnahme des Bundes aus der Haftung eine Prolongation der Fälligkeit aus Verpflichtungen aus verbürgten Krediten notwendig werden sollte. Die Ermächtigung zur Haftungserstreckung ist auf maximal fünf Jahre beschränkt, die Mehrleistungen an Zinsen müssen im Haftungsrahmen für Zinsen und Kosten Deckung finden. Eine Erstreckung der Haftung über die im § 1 Abs. 2 lit. c festgesetzte Höchstlaufzeit ist ausgeschlossen.

Zu § 7:

Laut dieser Bestimmung sind die gemäß § 11 der OIG-Gesetz-Novelle 1969 übernommenen Haftungen auf den im § 1 Abs. 2 lit. a festgesetzten Haftungsrahmen anzurechnen. Damit wird klargestellt, daß Haftungen für die OIAG insgesamt nur bis zu einem Höchstbetrag von 3000 Millionen Schilling übernommen werden können.

Zu § 8:

Diese Bestimmung soll die ansonsten in jedem Einzelfall mit dem Schuldner abzuschließende Vereinbarung über die Ansprüche des Bundes im Fall seiner Inanspruchnahme aus der Haftung entbehrlich machen.

Zu §§ 9 und 10:

Die Abstandnahme von der Einhebung eines Haftungsentgeltes und die Befreiung aller durch dieses Bundesgesetz unmittelbar veranlaßten Rechtsgeschäfte und Rechtsvorgänge von den Stempel- und Rechtsgebühren findet ihre Begründung im Förderungscharakter des im Entwurf vorliegenden Bundesgesetzes.

Zu § 11:

Es wird auf die Erläuterungen zu § 3 hingewiesen.

Zu § 12:

Mit der Vollziehung des im Entwurf vorliegenden Bundesgesetzes soll der Bundesminister für Finanzen betraut werden.

KOSTENBERECHNUNG

Ob aus der Inanspruchnahme aus der Haftung Mehrkosten erwachsen, kann zur Zeit nicht vorausgesehen werden. Aus der Durchführung des im Entwurf vorliegenden Bundesgesetzes erwachsen dem Bund weder Mehrkosten noch ist eine Vermehrung des Personalstandes erforderlich.